

# Ärzeschaft fordert EU-Strategie gegen Arzneimittel-Lieferengpässe

Im Rahmen der 69. Konsultativtagung der deutschsprachigen Ärzteorganisationen haben die Vertreter aus Deutschland, Österreich, Schweiz, Südtirol, Luxemburg und Liechtenstein Anfang Juli ein Communiqué gegen Arzneimittel-Lieferengpässe verabschiedet.

Darin heißt es, dass die Medikamentenversorgung in Europa immer größere Lücken aufweist und sich die Lage

durch die Verlagerung der Produktionsstätten von Pharmaunternehmen nach Asien zusätzlich verschärft. Ein großes Unternehmen wird nach über 100 Jahren einen Standort in Deutschland für die Produktion des Schmerzmittels Metamizol Ende 2025 schließen. Das bedeutet die Schließung des letzten europäischen Werks für dieses Schmerzmittel. Europa wird von da an

komplett auf China angewiesen sein. In den letzten Jahren gab es wiederholt tiefgreifende Versorgungsprobleme bei essenziellen Medikamenten wie Antibiotika. Auch aktuell sind Ärztinnen und Ärzte und ihre Patientinnen und Patienten mit Lieferengpässen bei Hunderten von Arzneimitteln konfrontiert. Die mangelnde Verfügbarkeit erschwert zunehmend die bestmögliche

medizinische Behandlung und schränkt den ärztlichen Spielraum bei der Therapiefindung in teils unzumutbarer Weise ein.

„Wir brauchen Medikamente und Medizinprodukte, um unsere Patientinnen und Patienten zu versorgen“, so die Ärzteorganisationen. Deswegen fordern sie die Politik zu entschiedenerem Handeln auf. Die bisher auf nationaler und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen reichten nicht aus, um die

Probleme zu lösen. „Wir brauchen eine Diversifizierung von Lieferketten, eine nachhaltige Stärkung der Produktion sowohl von Arzneimitteln als auch von Wirkstoffen in Europa und wirksame Maßnahmen für eine ausreichende Vorratshaltung. Wir fordern die europäische Union auf, eine Strategie gegen die zunehmende Abhängigkeit von asiatischen Produktionsstätten zu entwickeln“, lauten die Forderungen im Communiqué.

Es könne nicht die Aufgabe von Ärztinnen und Ärzten sein, laufend die Versäumnisse der Politik gegenüber den Patientinnen und Patienten zu entschuldigen. Patientinnen und Patienten hätten die bestmögliche und eine sichere Versorgung verdient, und es wird von den politisch Verantwortlichen gefordert, dass sie dies ermöglichen und auch langfristig absichern. ■

Knut Köhler, M.A.  
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit